

## Fragen

**für die Fragestunde der 229. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 1. Juli 2009**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	14, 15	Kolbe, Manfred (CDU/CSU) .....	18, 19
Bellmann, Veronika (CDU/CSU) .....	6	Kopp, Gudrun (FDP) .....	10, 11
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.) .....	3, 7	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.) ....	23, 24	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) .....	8, 20
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	30, 31	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.) .....	16, 17
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32, 33	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	9
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	27, 28	Schewe-Gerigk, Irmgard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	22
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.) .....	34, 35	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	4, 5
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25, 26	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21
Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.) .....	12, 13	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) .....	1, 2

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)  
In welcher Höhe werden sich nach Ansicht der Bundesregierung die potentiellen Strafge­l­der durch das Vertragsverletzungsverfahren und eine potentielle Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) bezüglich der nicht veröffentlichten EU-Agrarsubventionen bewegen, und wie wird die Bundesregierung die Zahlung dieser Strafge­l­der durch den Freistaat Bayern regeln?
  
2. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)  
Wie bewertet die Bundesregierung die Anlage eines zweiten Versuchsfeldes mit gentechnisch veränderter Gerste in Groß Lüsewitz, und entspricht das Flurstück der im Genehmigungsverfahren genehmigten Fläche?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

3. Abgeordnete  
**Dr. Martina  
Bunge**  
(DIE LINKE.)  
Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die im § 92a des Soldatenversorgungsgesetzes enthaltene Ermächtigung zu Übergangsregelungen für die Soldatenversorgung in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet bis zum 31. Dezember 2009 umzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

4. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)  
Aus welchen inhaltlichen Gründen konnte sich die Bundesregierung – so Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt auf einer Veranstaltung beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. am 23. Juni 2009 – nicht auf eine gemeinsame Position zum Umsetzungsbericht des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs vom 20. Mai 2009 einigen?

5. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Welche grundsätzlichen Fragestellungen, die mit einer Umsetzung des neuen Pflegebegriffs verbunden sind, werden nach Ansicht der Bundesregierung durch den Umsetzungsbericht des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs nicht bzw. nur teilweise beantwortet, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um das Zusammenwirken von Pflegeversicherung, Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe zu klären, damit Schnittstellenproblematiken von vornherein verhindert werden?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

6. Abgeordnete  
**Veronika Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Sachverhalt, dass der namibianische Altpräsident Dr. Sam Nujoma mit neuerlichen, gleichermaßen streitbaren wie abstoßenden Aussagen gegen Deutsche – so hat Dr. Sam Nujoma bei einer Rede in einem Dorf nahe Ongwediva am Sonntag, dem 14. Juni 2009, die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche (DELK) angegriffen und ihr unterstellt, „vor der Unabhängigkeit mit dem Feind kollaboriert zu haben und möglicherweise noch immer ein Feind zu sein“ und hinzugefügt: „Wir tolerieren sie. Aber wenn sie sich nicht benehmen, werden wir sie angreifen. Und wenn sie dann ihre weißen Freunde aus Deutschland rufen, dann schießen wir ihnen in die Köpfe.“ – negativ aufgefallen ist und sich die regierende SWAPO (South-West Africa People's Organisation) bisher nicht eindeutig von diesen Äußerungen distanziert hat?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

7. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Pläne, hinsichtlich der Art, der Berechnungsgrundlage sowie der Höhe von Versorgungsleistungen und Ruhensregelungen für Anspruchsberechtigte aus den neuen Bundesländern etwas zu ändern, und wenn ja, in welche Richtung?

8. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beamte bzw. Ruhestandsbeamte (bitte nach Bundesministerien aufgliedern) haben in dieser Legislaturperiode nach § 69a des Bundesbeamtengesetzes eine Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit der letzten obersten Dienstbehörde angezeigt, und in wie vielen Fällen wurde eine Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit untersagt, weil dienstliche Interessen dagegen sprachen?
9. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Abschiebungen wurden im laufenden Kalenderjahr in den Iran vollzogen (bitte nach Bundesländern und Monaten aufschlüsseln)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

10. Abgeordnete  
**Gudrun Kopp**  
(FDP)
- Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 23. April 2009 in der Rechtssache C-357/07 bestätigt hat, dass alle Postuniversaldienstleistungen eines Unternehmens von der Umsatzsteuer zu befreien sind, auch wenn dieses Unternehmen derartige Leistungen nicht „ständig flächendeckend in einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen für alle Nutzer“ anbietet?
11. Abgeordnete  
**Gudrun Kopp**  
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie die entsprechenden Finanzverwaltungsbehörden sich verhalten werden, wenn jene Postdienstleister, die Universaldienstleistungen im Sinne des o. g. EuGH-Urteils erbringen, ihre Umsatzsteuerzahlungen für diese Dienstleistungen auf der Grundlage des o. g. EuGH-Urteils – ggf. rückwirkend – einstellen?
12. Abgeordneter  
**Dr. Hakki Keskin**  
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Banken in Deutschland die Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank an ihre Privat- und Geschäftskunden weitergeben?

13. Abgeordneter  
**Dr. Hakki Keskin**  
(DIE LINKE.)  
Würde sich die Bundesregierung auch dafür einsetzen, dass die Notenbanken ggf. die Wirtschaft mit direkten Krediten unter Umgehung der Banken unterstützen können, wie dies in den USA bereits geschieht?
14. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
(BREMEN)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie verträgt sich nach Ansicht der Bundesregierung das beschlossene Bürgerentlastungsgesetz mit der ebenso kürzlich beschlossenen Schuldenbremse angesichts der Tatsache, dass das Bürgerentlastungsgesetz mit massiven Steuermindereinnahmen der Bundesländer einhergeht und damit die Bemühung der Bundesländer zur Verschuldungsbegrenzung erheblich erschwert werden?
15. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
(BREMEN)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Möglichkeiten der Gegenfinanzierung sieht die Bundesregierung für die durch das Bürgerentlastungsgesetz verursachten Steuerausfälle von Bundesländern wie Bremen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

16. Abgeordnete  
**Dorothee Menzner**  
(DIE LINKE.)  
Ist die Bundesregierung bereit, vor dem Hintergrund der dramatischen wirtschaftlichen und finanziellen Situation der insolventen Wilhelm Karmann GmbH in Osnabrück, einem Autobauer und Zulieferer, der in den letzten fünf Jahren bereits 5 000 Arbeitsplätze abgebaut hat und der eine mit der Adam Opel GmbH vergleichbare Bedeutung für die Region besitzt, die Karmann GmbH und deren Insolvenzverwalter ähnlich wie die Adam Opel GmbH bei der Suche nach einem Investor zu unterstützen und die Finanzkraft der Karmann GmbH mit öffentlichen Mitteln zu stärken?
17. Abgeordnete  
**Dorothee Menzner**  
(DIE LINKE.)  
Wurden bereits Schritte in diese Richtung eingeleitet, und worin sollte nach Auffassung der Bundesregierung die mögliche und notwendige Mitwirkung der Niedersächsischen Landesregierung bestehen?

18. Abgeordneter  
**Manfred  
Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung den Verkauf von ca. 48 Prozent der Verbundnetz Gas AG (VNG) Leipzig an einen der vier großen deutschen Energiekonzerne, und sieht die Bundesregierung hier keine Gefahr, dass die Eigenständigkeit der VNG Leipzig beeinträchtigt wird?
19. Abgeordneter  
**Manfred  
Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Widersprüche ein solcher Verkauf gemäß Frage 18 nicht der Aussage des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Alfred Tacke, dass mit der VNG Leipzig die fünfte Kraft auf dem deutschen Energiemarkt etabliert werden sollte und deshalb eine Beeinträchtigung der Eigenständigkeit der VNG Leipzig eine erhebliche Einschränkung des Wettbewerbs zur Folge hätte?
20. Abgeordnete  
**Dr. Gesine  
Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den Überwachungsskandalen bei der Deutschen Telekom AG, der Deutschen Bahn AG und der Deutschen Post AG gezogen?
21. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welche Empfängerstaaten wie etwa Iran oder China haben die „Nokia Siemens Network“ oder verbundene Unternehmen wie die Münchener „Perusa Partners Fund 1 LP“ Ausfuhrgenehmigungen gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz beim Bundesausfuhramt beantragt bzw. beantragen müssen und erhalten für Technik zur Überwachung von Stimm- und Datenkommunikation in jeglichen Netzwerken wie die 2008 an den staatlichen iranischen Provider TCI gelieferten so genannten Monitoring Center zum Millisekunden schnellen Scannen mit Suchbegriffen (vgl. Wall Street Journal 22. Juni 2009), die nun gegen die iranische Opposition eingesetzt wird, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um künftig sicherzustellen, dass solche Überwachungstechnik zumal einst deutscher Unternehmen nicht in den Zugriff repressiver Regimes gelangt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

22. Abgeordnete  
**Irmingard  
Schewe-Gerigk**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind in den vergangenen Berufungsverfahren für das Kuratorium (vormals Beirat) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) von allen vorschlagsberechtigten Stellen die nach § 4 des Bundesgremienbesetzungsgesetzes erforderlichen Doppelbenennungen vorgenommen worden, und welche Schritte unternimmt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales als berufende Stelle nach dem Bundesgremienbesetzungsgesetz, um den Frauenanteil im Kuratorium der BAuA im anstehenden Berufungsverfahren im Vergleich zu bisher deutlich zu erhöhen und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in dem Gremium sicherzustellen?
23. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar  
Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), dass Sanktionen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch vielfach einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten und primär das Ziel verfolgen „eine allgemeine Atmosphäre des Drucks zu erzeugen, in der die Konzessionsbereitschaft von Arbeitslosen gegenüber potenziellen Arbeitgebern erhöht wird“, und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung der Aufforderung zu folgen, dass auf die „Androhung und die Verhängung von Sanktionen“ verzichtet werden soll (vgl. Wirtschaft im Wandel, 6/2009, S. 236 bis 239)?
24. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar  
Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Aussagen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), dass die schärferen und häufigeren Sanktionen gegenüber Hilfebeziehenden bis 25 Jahre in einem „bemerkenswerten Kontrast“ zu Erkenntnissen über die Arbeitsbereitschaft jüngerer Hartz-IV-Bezieher stehen (vgl. Wirtschaft im Wandel, 6/2009, S. 236 bis 239), und sieht die Bundesregierung in der schärferen Sanktionierung junger Menschen bis 25 Jahre eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung und daher einen Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung**

25. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es unterschiedliche Bewertungen der Wirtschaftlichkeit von Abladetiefen bei deutschen Binnengewässern insbesondere in der Betrachtung von Donau und Elbe, und wie wird diese unterschiedliche Bewertung begründet?
26. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Binnenschiff-geeignete Tonnage der Lkw in den Jahren zwischen 2002 und 2007 nach der europäischen Lkw-Güterverkehrsstatistik vor allem unter Berücksichtigung der Massengüter entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung in Bezug auf die Notwendigkeit des Donauausbaus?
27. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mittel stehen voraussichtlich im verbleibenden Planungszeitraum des Bundesverkehrswegeplanes 2003 für Straßenbauvorhaben in Sachsen, auch unter Berücksichtigung der Konjunkturpakete, zur Verfügung, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der Planungsreserve davon ein?
28. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie teilen sich die bislang dem Freistaat Sachsen für Straßenbauprojekte zur Verfügung gestellten Bundesmittel (vgl. Antwort auf die schriftlichen Fragen 44 und 45 auf Bundestagsdrucksache 16/9389) entsprechend den Bedarfs- bzw. Planungskategorien des Bundesverkehrswegeplanes 2003 (Vordringlicher Bedarf, Weiterer Bedarf mit Planungsrecht, Laufende und fest disponierte Vorhaben, Neue Vorhaben, besonderer naturschutzfachlicher Planungsauftrag) auf, und wie werden sich voraussichtlich die verbleibenden Mittel nach diesen Kategorien aufteilen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

29. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bereichen wurden Kontrollen zu perfluorierten organischen Tensiden (PFT, PFOA, PFOS etc.) durchgeführt, und wie werden die Ergebnisse durch die Bundesregierung bewertet?
30. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Reichen die Sicherheitsbestimmungen und vor Ort getroffenen Maßnahmen aus, um bei allen deutschen Atomkraftwerken (AKW) ausschließen zu können, dass Terroristen Zutritt zur Hülle von Atomkraftwerken oder anderen wichtigen AKW-Komponenten wie z. B. Transformatoren erlangen und dort Sprengkörper anbringen können, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass es zukünftig tatsächlich nur durch das Sicherheitspersonal sicherheitsüberprüften Greenpeace-Aktivisten – und damit nicht getarnten Terroristen – gelingen kann, auf das Atomkraftwerksgelände und auf die sicherheitsrelevanten Gebäudeteile von Atomkraftwerken vorzudringen?
31. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bedeutet die Aussage der Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries, dass es aus Gründen der nationalen Sicherheit unverantwortlich sei, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern (dpa-Meldung vom 24. Juni 2009; Zypries: alte Atomreaktoren abschalten), dass die nationale Sicherheit solange gefährdet ist, wie die sieben ältesten Atomkraftwerke in Betrieb sind, und auf welcher Grundlage basiert die Einschätzung der Bundesministerin der Justiz?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

32. Abgeordneter  
**Kai  
Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Gruppen und Personen werden nach welchen Kriterien zu der Bologna-Konferenz anlässlich des bundesweiten Bildungstreiks eingeladen, die Bundesministerin Dr. Annette Schavan für den 7. Juli 2009 angekündigt hat (Quelle: FAZ vom 19. Juni 2009, „Bildung ist vor allem Selbstzweck“)?

33. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen und konkreten Initiativen leitet die Bundesministerin bzw. das Bundesministerium für Bildung und Forschung aus dem dritten Bericht zur Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland vom 30. März 2009 ab (Bundestagsdrucksache 16/12552)?
34. Abgeordnete  
**Cornelia Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Verbände oder Organisationen hat die Bundesregierung zu der von der Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan medial angekündigten „Bologna-Konferenz“ eingeladen, und wie kann es sein, dass bis dato das bundesweite Bildungstreikbündnis 2009 keine Einladung erhalten hat, obwohl erst auf Druck der Aktionen dieses Bündnisses die Konferenz einberufen wurde?
35. Abgeordnete  
**Cornelia Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Wie wird die von der Bundesregierung einberufene „Bologna-Konferenz“ strukturiert sein, und welche inhaltlichen Ziele verfolgt die Bundesregierung damit?

